

MEDIENSERVICE

Steuerreform: nicht schröpfen, sondern Konjunktur beleben

Forderungen der Sparte Industrie
der WKO Oberösterreich zur
geplanten Steuerreform

Linz, 11. Februar 2015

Ihre Gesprächspartner:

Mag. Anette Klinger

Steuersprecherin der Sparte Industrie der WKOÖ

Dr. Markus Achatz

Berater der Sparte Industrie der WKOÖ

Ing. Dr. Heinz Moosbauer

Geschäftsführer der Sparte Industrie der WKOÖ

Kurzfassung:

Die geplante Steuerreform geht in die heiße Phase. Die Ergebnisse werden im März präsentiert. Aufgrund der Diskussionen rund um die Uneinigkeiten der Regierungsparteien ist jedoch nicht sicher, ob und welche Vorteile die Steuerreform für die Wirtschaft bringt. Die Sparte Industrie der WKO Oberösterreich fordert daher im Vorfeld vor allem Maßnahmen zur Konjunkturbelebung und spricht sich klar gegen konjunkturdämpfende vermögensbezogene Steuern aus.

Neben Steuerentlastungsmaßnahmen durch eine Lohnsteuer- und Lohnnebenkostensenkung fordert die Sparte Industrie beispielsweise die Wiedereinführung einer Investitionszuwachsprämie, die Umsetzung der Wohnbauoffensive laut Regierungsprogramm, ein mehrjähriges Förderprogramm und mehr Mittel für die thermische Sanierung und eine Zweckbindung der Wohnbauförderung.

„Wenn wir im internationalen Wettbewerb mithalten wollen, brauchen wir vor allem eine massive Senkung der Lohnnebenkosten“, fordert Anette Klinger, Steuersprecherin der Sparte Industrie. „Neben dem Stopp der Abwanderung könnten bei einer 15- bis 20-prozentigen Lohnnebenkostensenkung auch zusätzliche Arbeitsplätze in Österreich geschaffen werden. Da ein Großteil der Lohnsteuer- und Lohnnebenkostensenkungen konsumwirksam wird, gehen davon zweifellos Wirtschaftswachstumsimpulse aus“, ist Klinger überzeugt.

Spartengeschäftsführer Heinz Moosbauer Die geplante Steuerreform muss Konjunkturbelebungsmaßnahmen setzen

Vor dem Hintergrund der europäischen Wachstumsschwäche entwickelt sich auch die österreichische Wirtschaft nur sehr bescheiden. Das Wirtschaftswachstum in Österreich betrug drei Jahre in Folge weniger als ein Prozent, im letzten Quartal 2014 sogar 0,1 Prozent. Zeitgleich ist seit Jahren eine deutliche Investitionsschwäche spürbar. Der Mix aus negativem Wirtschaftsklima und schwacher Auftragslage resultiert in einer Zurückhaltung bei den Investitionen. „Oberösterreich ist als das bedeutendste Industriebundesland dem internationalen Wettbewerb am meisten ausgesetzt“, kritisiert Heinz Moosbauer, Geschäftsführer der Sparte Industrie in der WKOÖ. „Die Mitte März im Ministerrat präsentierte Steuerreform muss daher in erster Linie Konjunkturbelebungs Schritte setzen und alles vermeiden, was die Konjunktur bremst“, so Moosbauer. Maßnahmen für Wachstumsimpulse sind insbesondere:

- Schaffung von Investitionsanreizen
- Senkung der Lohnsteuer und Lohnnebenkosten
- Ausbau der Innovationsförderungen

Mehr Anreize - mehr Investitionen

Um dem negativen Investitionstrend entgegen zu wirken, müssen neue Impulse für Wachstum und Beschäftigung gesetzt werden. Die Sparte Industrie fordert daher neben den Steuerentlastungsmaßnahmen durch eine Lohnsteuer- und Lohnnebenkostensenkung folgende Maßnahmen:

- Wiedereinführung einer Investitionszuwachsprämie
- Umsetzung der Wohnbauoffensive laut Regierungsprogramm
- Mehrjähriges Förderprogramm und mehr Mittel für thermische Sanierung
- Zweckbindung der Wohnbauförderung

„Die heimischen Betriebe halten sich aufgrund der herrschenden Steuerbelastungen bei Investitionen zurück. Das schadet dem Wachstum massiv. Die Einführung einer befristeten Investitionszuwachsprämie für den Durchschnitt des Investitionszuwachses der letzten drei Jahre würde auf jeden Fall einen Wachstumsschub auslösen“, ist Moosbauer überzeugt. Ein enorm großer Hebel für Investitionen ist der Baubereich. Dies trifft auf die im Regierungsprogramm verankerte Wohnbauoffensive und die Bereitstellung von mehr Fördermitteln für die thermische Sanierung zu. Auch die Wiedereinführung der Zweckbindung bei der Wohnbauförderung und die Schaffung einer Förderschiene für barrierefreies und seniorengerechtes Bauen und Sanieren würde die Baukonjunktur beleben.

Anette Klinger, Steuersprecherin der Sparte Industrie
Steuerreform muss als Wachstumsturbo wirken - Niedrigere Lohnsteuer und Lohnnebenkosten dringend nötig

Österreich zählt laut OECD zu den drei Ländern mit der höchsten Steuer- und Abgabenbelastung für Durchschnittsverdiener. Die Steuer- und Sozialversicherungsbelastung bei Geringverdienern ist im europäischen Vergleich besonders hoch. So beträgt die Abgabenbelastung eines durchschnittlich verdienenden österreichischen Single 49,1 Prozent, während diese im OECD-Durchschnitt 35,9 Prozent beträgt. Auch der Spitzensteuersatz greift im internationalen Vergleich relativ rasch. Die Sparte Industrie fordert daher eine Erhöhung der Grenze, ab welcher der 50-prozentige Steuersatz einsetzt, auf 100.000 Euro. Wie vordringlich das Thema ist, geht auch aus einer Umfrage der Sparte Industrie hervor. 98 Prozent der befragten Topmanager bestätigen, dass sich hohe Lohnsteuersätze und Lohnnebenkosten negativ auf die Ansiedlung von internationalen Unternehmen in Österreich auswirken. Die Neugestaltung des Einkommensteuertarifs bringt eine Entlastung in Höhe von 5 bis 6 Mrd. Euro. Die Abschaffung von Steuerbefreiungen und eine Verringerung der Beitragsgruppen vereinfachen das Abgabensystem entscheidend. „Das dadurch gesparte Geld kann zu einer Senkung der Steuersätze genutzt werden“, betont Anette Klinger, Steuersprecherin der Sparte Industrie.

Stark gestiegene Arbeitskosten sind Bedrohung für den Wirtschaftsstandort

Mit einer Steigerung von 18,9 Prozent bei den Arbeitskosten seit 2008 ist Österreich in Westeuropa Spitzenreiter. Ein „Podestplatz“, der sich für den Wirtschaftsstandort als besonders bedrohlich erweist. Die Ursache liegt in der Lohnsteuer und den überdurchschnittlich hohen Lohnnebenkosten. „Wenn wir im internationalen Wettbewerb mithalten wollen, brauchen wir eine massive Senkung der Lohnnebenkosten“, fordert Klinger. Das untermauern auch die Ergebnisse der Umfrage: 74 Prozent der Industriebetriebe sehen die Senkung der Lohnnebenkosten als wichtigste steuerliche Konjunkturbelebungsmaßnahme.

Schon im Vorjahr haben 58 Prozent der befragten Industriemanager im Rahmen einer Umfrage der Sparte Industrie angekündigt, dass sie bei weiterem Anstieg der Lohnstückkosten Unternehmensteile in andere Länder verlagern werden. „Es ist daher höchste Zeit, dass Maßnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten ergriffen werden“, zeigt sich die Steuersprecherin besorgt. Neben dem Stopp der Abwanderung können bei einer

15- bis 20-prozentigen Lohnnebenkostensenkung auch zusätzliche Arbeitsplätze in Österreich geschaffen werden. „Da ein Großteil der Lohnsteuer- und Lohnnebenkostensenkungen konsumwirksam wird, gehen davon zweifellos Wirtschaftswachstumsimpulse aus“, ist Klinger überzeugt.

Neues Innovationsfördermodell sichert Wertschöpfung und Arbeitsplätze

Österreich hat im Forschungs- und Innovationsbereich in den vergangenen 15 Jahren einen deutlichen Aufholprozess verzeichnet, fällt jedoch nun in seiner wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit zurück. Das bedeutet eine große Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Österreich muss daher Maßnahmen setzen, um bis zum Jahr 2020 in die Gruppe der führenden europäischen Innovationsländer vorzustoßen. Neben der langfristigen Absicherung des bewährten Instruments der Forschungsprämie muss auch Österreich wie viele Nachbarländer eine nachgelagerte Forschungsförderung (eine sogenannte Innovation-, Patent- oder Lizenzbox) einführen. Dadurch konnte in vielen EU-Ländern erreicht werden, dass sowohl die Entwicklung von Patenten oder patentfähigen Innovationen, als auch ihre Verwertung in ihren Entwicklungsländern bleiben. Je nach Modell werden Erträge entweder aus F&E-Aktivitäten, Patenten oder Urheberrechten mit nur fünf bis zehn Prozent der Körperschaftssteuer unterworfen. Diese Begünstigung betrifft somit nur Unternehmen, die F&E-Aktivitäten tatsächlich im Land der Innovationsbox durchführen. Über 80 Prozent der führenden öö. Industriellen sind der Ansicht, dass derartige nachgelagerte Forschungsförderungen auch in Österreich eingeführt werden müssen, um den Innovationsstandort Oberösterreich nachhaltig für die Zukunft abzusichern.

Markus Achatz, Berater der Sparte Industrie Einführung von vermögensbezogenen Steuern bremst die Konjunktur

So positiv konjunkturbelebende Maßnahmen der Steuerreform sind, umso negativer wirken sich neue konjunkturdämpfende vermögensbezogene Steuern aus. Daher fordert die Sparte Industrie aufgrund der rekordverdächtigen Abgabenquote eine Finanzierung der Lohnsteuerreform primär über die Ausgabenkürzung. Österreich ist aus gutem Grund dem internationalen Trend gefolgt, der zu einer Abschaffung der klassischen Vermögensteuer in fast allen europäischen Staaten geführt hat. Als Alternative bietet Österreich seit den letzten Jahren Vermögenszuwachssteuern beim Kapital- und Immobilienvermögen an. Schon die Diskussion um die als „Millionärsabgabe“ bezeichnete Vermögensteuer richtet in Österreich enormen Schaden an. Denn sie fördert Auslandsinvestitionen. Bei den dringend notwendigen Investitionen im Inland wird wegen der drohenden Steuerkeule aber noch zugewartet.

Interessant ist auch die Reaktion der öö. Industrie auf die mögliche Einführung von vermögensbezogenen Steuern (Vermögensteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Stiftungsbesteuerung) in Höhe von mindestens zwei Mrd. Euro (ÖGB-Modell) zur Finanzierung einer Lohnsteuerreform. Rund 44 Prozent der öö. Industriellen würden keine neuen Investitionen am Standort Österreich mehr tätigen, 28 Prozent würden Teile der Produktion ins Ausland verlagern und rund 11 Prozent würden den Standort in Österreich schließen. Weitere 9 Prozent der Befragten stehen der Einführung von vermögensbezogenen Steuern neutral gegenüber und nur 8 Prozent befürworten die Einführung von derartigen Steuern. Nach dieser Befragung würde somit die Einführung von vermögensbezogenen Steuern nach dem ÖGB-Modell für 83 Prozent der befragten Unternehmen extrem standortgefährdende Maßnahmen nach sich ziehen. „Es ist mir völlig unverständlich, wie man sehenden Auges mit der Einführung einer derartigen, die betriebliche Substanz vernichtenden Steuer den Wirtschaftsstandort Österreich nachhaltig schädigen will“, kritisiert Markus Achatz, Berater der Sparte Industrie. Auch Frankreich geht daran, die Vermögensteuer abzuschaffen.

Erbschafts- und Schenkungssteuer höht Familienunternehmen aus

Das von der SPÖ vorgeschlagene Erbschaftssteuermodell belastet Familienunternehmen massiv. Die Steuerbelastung ist im SPÖ-Modell für Familienunternehmen doppelt so hoch wie im alten Steuersystem. Dies ist umso bedenklicher, weil in den

nächsten Jahren 51.000 Familienunternehmen mit 438.000 betroffenen Arbeitnehmern übergeben werden. Ertragsschwache Unternehmen müssen zur Bezahlung der Erbschaftssteuer Betriebsvermögen veräußern. Unternehmen, die auf eine gute Eigenkapitalbasis achten, würden durch eine solche Steuer bestraft werden. Die Steuer greift die Substanz der Betriebe an. „Diese Entwicklung ist extrem schädlich und gefährdet tausende Arbeitsplätze“, warnt Achatz.

Steuerbefreiungen für Betriebsvermögen sind auch keine Lösung: Eine sachgerechte Abgrenzung einer solchen Befreiung ist in Anbetracht der Vielfalt von Unternehmenstätigkeiten und -formen und ihrer Finanzierung kaum umsetzbar wie auch die jüngste Judikatur des deutschen Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit der Begünstigung für Unternehmensübergaben zeigt. Hinzu kommt, dass die Vererbung und Schenkung von Liegenschaften ohnedies bereits der Grunderwerbsteuer unterliegt. Die Einführung einer Erbschaftssteuer wäre hier kontraproduktiv, hat man sich doch gerade erst auf eine moderate Besteuerung im Angehörigenbereich (dreifacher Einheitswert, max. 30 Prozent des Verkehrswerts) verständigt.

Die isolierte Einführung einer hohen Erbschafts- und Schenkungssteuer bedeutet eine Abwendung von dem in Österreich vorherrschenden Modell der familiengeführten Unternehmen und eine Hinwendung zu kapitalmarktorientierten Unternehmen. 75 Prozent der öö. Industriellen schätzen eine Erbschafts- und Schenkungssteuer als negativ ein. Diese Zahl ist umso beeindruckender da viele der befragten öö. Industriellen als börsennotierte Unternehmen nicht von einer Erbschafts- und Schenkungssteuer betroffen sind.

Aufgrund der schwierigen Bewertung - insbesondere bei Grundvermögen - zieht eine Erbschafts- und Schenkungssteuer einen hohen administrativen Aufwand nach sich. Dadurch wird das Nettoaufkommen dieser Steuern erheblich verringert. Durch die Einbeziehung des Kapitalvermögens ist unbedingt die Abschaffung des Bankgeheimnisses notwendig, was aber von einem Großteil der Österreicher abgelehnt wird.

Besonders fatal für die öö. Industrie wirkt sich die im SPÖ-Modell alle 30 Jahre vorgesehene Einbeziehung der Stiftungen in die Erbschaftssteuer aus. „Da die steuerlichen Vorteile der österreichischen Privatstiftungen in den letzten Jahren drastisch eingeschränkt worden sind, wird eine derartige ‚Ersatzerbschaftssteuer‘ zu einem Abfluss österreichischen Vermögens in Ausland führen“, kritisiert Achatz.